Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode 24. 04. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Hartmut Schauerte, Dr. Hansjürgen Doss, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

- Drucksache 14/7506 -

Offensive für die Bauwirtschaft – Ursachen wirksam bekämpfen

A. Problem

Notwendigkeit einer Infrastrukturoffensive und einer Stärkung der investiven Haushaltsansätze in Bund, Ländern und Gemeinden; Beseitigung von Mängeln in der Vergabepraxis der öffentliche Hand; stärkere Berücksichtigung des Mittelstandes bei öffentlichen Bauaufträgen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/7506 – abzulehnen.

Berlin, den 24. April 2002

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber Vorsitzender

Hartmut Schauerte Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Hartmut Schauerte

I.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/7506 – wurde in der 213. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Januar 2002 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II.

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass die Lage am Bau dramatische Ausmaße angenommen habe. Zur Bewältigung der krisenhaften Situation soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine Infrastrukturoffensive zu schaffen. Deren Ziel soll es unter anderem sein, die Stärkung der Investitionsfähigkeit von Ländern und Kommunen, eine Verbesserung des tarifvertraglichen Regelungsrahmens und die Modernisierung der Wohneigentumspolitik herbeizuführen. Die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen soll durch eine veränderte Vergabepraxis der öffentlichen Hand gestärkt werden.

III.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 24. April 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 24. April 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 24. April 2002

Hartmut Schauerte Berichterstatter Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung hat die Vorlage in seiner Sitzung am 24. April 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlage in seiner 83. Sitzung am 24. April 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat die Vorlage in seiner 89. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Haushaltsausschuss hat die Vorlage in seiner 93. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 24. April 2002 beraten.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

